



Niederschrift über die  
Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2017  
Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:	Landrat Dr. Siegel	
Die Ausschussmitglieder:	Kreisräte/innen:	
	Jenner-Wanek, Schaal,	CDU
	Dr. von Pollern (ab 14:38 Uhr)	
	Bauer, Kelemen (bis 16:26 Uhr)	SPD
	Jud, Löffler	(Freie Wähler)
	Brodersen	(Grüne)
Stv. Ausschussmitglieder:	Wilhelm	(FDP-FW)
Entschuldigte Ausschussmitglieder:	Goll	(FDP-FW)
Die Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege:	Trautner, Windmüller, Rall, Waizel, Rook (bis 16:30 Uhr)	
Die stv. Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege:	Lenz	
Die beratenden Mitglieder:	Häufele, Puschina, Schanbacher, Dr. Reuter, Dippon	
Entschuldigt:	Krauß, Keidel, Buchinger, Hertneck	
Ferner:	Sozialdezernentin Bittinger	
	Kreisjugendamtsleiterin Stock	
	Finanzdezernent Geißler	
	Frau Bauer-Rabe, Klinikleiterin, Rems-Murr-Klinikum	(Top 1)
	Frau Aichler, Oberärztin, Kinder- und	Top 1)

Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2017

Seite 2

Öffentlich

Jugendmedizin, Rems-Murr-Klinikum

Winnenden

Herr Gaupp, Frau Baur, Frau Klin- (Top 2)  
ger, Kreisjugendring Rems-Murr e.V.

Herr Kirgis, Fachbereichsleiter UBV (Top 3)

Die Schriftführerin:

Kreisamtfrau Bareiß

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:30 Uhr

Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2017

Seite 3

Öffentlich

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet Landrat Dr. Sigel Herrn Marcus Lenz als stimmberechtigtes, stellvertretendes Mitglied für den Kreisjugendring im Jugendhilfeausschuss.

## § 1

### Vorstellung Konzeption „Kinderschutz in den Rems-Murr-Kliniken“

#### Drucksache 2017/121

Landrat Dr. Sigel führt aus, das Konzept entspringe einer Initiative von Jochen Hausmann MdL und sei an den Landkreis und die Rems-Murr-Kliniken herangetragen worden. Das Projekt baue auf drei Modulen auf und sei ein gutes Beispiel dafür, wie man mit wenig Mitteln viel erreichen könne. Die Laufzeit betrage zunächst drei Jahre.

Frau Claudia Bauer-Rabe, Klinikleiterin Rems-Murr-Kliniken Winnenden, sowie Sozialdezernentin Petra Bittinger stellen gemeinsam das Projekt an Hand einer Präsentation vor, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Jenner-Wanek bedankt sich dafür, dass das Konzept in der Kinderklinik umgesetzt werden soll. Sie halte eine Evaluation für sehr wichtig und wolle wissen, wie es mit dem Datenschutz gehandhabt werde.

Frau Bauer-Rabe entgegnet Kreisrätin Jenner-Wanek, die Daten würden zunächst anonymisiert an die erfahrene Fachkraft weitergeleitet werden. Die Fachkraft sei ausschließlich beratend tätig in der Hoffnung, dass sich die betroffene Familie auf die Inanspruchnahme von Hilfe einlasse.

Kreisrätin Brodersen möchte wissen, wie viele Betten die Kinderklinik habe, wie lange die durchschnittliche Verweildauer sei und wie viele Mitarbeiter/innen die Schulung durchlaufen werden. Grundsätzlich sei ein zuverlässiger Ansprechpartner in solchen Fragen wichtig. Allerdings habe sie Zweifel, ob das Konzept zum gewünschten Erfolg führe. Der Kinderschutz auf der einen Seite und die freiwillige Möglichkeit der Eltern, Hilfe in Anspruch zu nehmen, auf der anderen Seite, könne eventuell zu Problemen führen. Insgesamt stelle der Klinikaufenthalt eine Ausnahmesituation dar und gleichzeitig wolle man noch während dieser Zeit alles unter einen Hut bringen. Der Klinikau-

fenthalt sei zu begrenzt, um einen Stufenplan umzusetzen. Auch seien der medizinische Bereich und die Situation des Jugendlichen zweierlei Themenfelder, so dass sich die Frage stelle, ob die Ärzte/Pflegepersonal hier die richtigen Ansprechpartner seien. Ihr Vorschlag sei daher, dass man zunächst den Kontakt zum Patienten bzw. dessen Familie dazu nutze, auf die Möglichkeit des Gesprächs mit dem Jugendamt hinzuwirken. An Stelle einer insofern erfahrenen Pflegekraft (i.e.F.) mit lediglich 4 Wochenstunden vor Ort halte sie es für besser, eine dauerhafte Ansprechperson direkt beim Jugendamt anzusiedeln. Diese sei zeitlich flexibler und man könne dann schauen, wie hoch der Bedarf tatsächlich sei, so dass kein Leerlauf entstehe.

Kreisrat Bauer hält das Konzept für gut aber es vermittele auch gleichzeitig ein Gefühl des Erschreckens. Er wolle wissen, wo beim ärztlichen Personal der Schwerpunkt liegen solle: Liege er auf dem Erkennen der Situation und Handeln oder eher auf der Vermittlung einer passenden Nachsorge. Auch stelle sich die Frage der ärztlichen Schweigepflicht und, ob es nicht besser wäre, wenn rund um die Uhr ein Ansprechpartner zur Verfügung stünde. Ebenso müsse man das Konzept mit viel Fingerspitzengefühl nach außen tragen, nicht dass Eltern vor Angst vor dem Jugendamt ihre Kinder nicht mehr zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus bringen würden.

Kreisrätin Wilhelm bezeichnet das Konzept als einen Schritt in die richtige Richtung. Sie regt an, die Erfahrungen der Olgaklinik in Stuttgart sich zu Nutze zu machen. Wichtig sei, dass man die Stelle der i.e.F. mit einer erfahrenen Person besetze. Die Begrifflichkeit i.e.F. halte sie für sehr sperrig. Gerne hätte sie konkrete Fallzahlen.

Kreisrat Dr. von Pollern fragt, warum man erst jetzt ein solches Konzept auflege, denn das Gesetz gebe es bereits seit 2012. Er wolle wissen, in wieweit das Beratungsangebot von Lehrern wahrgenommen werde.

Frau Dippon, Staatliches Schulamt Backnang, weist darauf hin, dass es seit einiger Zeit eine Tagesklinik der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Winnenden gebe und fragt, ob deren Personal auch in die Schulungen mit einbezogen werden würden. Auch gebe es eine Klinikschule vor Ort, so dass hier eine Verzahnung von Ärzteschaft und schulischem Personal vorhanden sei. Sie regt an, ob es Sinn mache, das Beratungsangebot inhaltlich vom Auftrag des Kindeschutzes zu trennen.

Klinikleiterin Bauer-Rabe antwortet Kreisrätin Brodersen, in der Kinderklinik stünden rund 60 Betten zur Verfügung und die durchschnittliche Verweildauer liege bei 5 Tagen. Inhaltlich sei nicht angedacht, dass eine direkte Beratung erfolge sondern nur, dass ein Zugang zu einer i.e.F. garantiert werde. Darüber hinaus bestehe sowieso rund um die Uhr eine Rufbereitschaft des Kreisjugendamts. Das Konzept wolle man auch nicht nach außen tragen

Frau Aicheler, Oberärztin der Kinderklinik; erklärt, wenn ein junger Mensch tatsächlich mit Merkmalen körperlicher Misshandlung in die Klinik komme, sei die medizinische Versorgung der Erstauftrag. Im Rahmen der Berufserfahrung entwickle man ein Gespür dafür, ob eventuell mehr dahinter stecken könnte und falls ja, würde hier das neue Konzept ansetzen. Die eigentliche ärztliche Verpflichtung ende aber an der Kliniküre und hier brauche man eine Schnittstelle, wie es eben eine i.e.F. darstellen würde. Ein anderer Fall sei es, wenn es zu einer Inobhutnahme komme, die aber nicht auf einer körperlichen Verletzung beruhe. Sollten die Umstände darauf hinweisen, dass wenn sich die häusliche Situation nicht ändere, Gefahr für Körper und Seele des Kindes drohe, wäre auch in dieser Situation eine erfahrene Ansprechperson von Nutzen.

Sozialdezernentin Bittinger antwortet Kreisrat von Pollern, das zu Grunde liegende Gesetz gelte seit 2012 und man sei mit der Umsetzung nicht spät dran. Man habe schon Einiges in dieser Hinsicht unternommen und wolle es jetzt nur noch weiter verbessern.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, mit der Beauftragung eines freien Trägers sei man flexibel. Nach der ersten Evaluation könne man noch immer nachsteuern.

Kreisrätin Brodersen bittet darum, dass man die Begrifflichkeiten genau definiere und das Stufenverfahren eingehalten werde.

Sozialdezernentin Bittinger stellt nochmals klar, dass die i.e.F. als Schnittstelle zum Jugendamt fungiere und den Auftrag habe, zu beraten bzw. ihr Wissen zur Verfügung zu stellen. Die i.e.F. werde nicht selbst aktiv Maßnahmen ergreifen. Ansonsten gebe es noch immer die 24-Stunden-Rufbereitschaft des Kreisjugendamts.

Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2017

Seite 6

Öffentlich

Kreisrat Bauer betont, dies stelle eine zusätzliche Aufgabe für die Ärzte und das Pflegepersonal dar und wolle wissen, ob es schon erste Reaktion darauf gebe. Er wolle auch wissen, wie die Klinikleitung das Projekt begleite.

Klinikleiterin Bauer-Rabe sagt, das Sozialdienstteam werde speziell darauf geschult. Sollten die Ärzte Handlungsbedarf sehen, würden diese in ein interdisziplinäres Team gehen und besprechen, wie man weiter vorgehen solle.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Konzeption „Kinderschutz in den Rems-Murr-Kliniken“ zu.
2. Das Leistungsangebot der insofern erfahrenen Fachkraft wird öffentlich ausgeschrieben.

**§ 2**Bericht des Kreisjugendring Rems-Murr e.V.Drucksache 2017/101

Frau Trautner, Geschäftsführerin des Kreisjugendrings Rems-Murr e.V., stellt gemeinsam mit Herrn Gaupp, Frau Baur und Frau Klinger den Bericht des Kreisjugendring Rems-Murr e.V. an Hand einer Präsentation vor, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich für die geleistete Arbeit des Kreisjugendrings.

Kreisrätin Jenner-Wanek spricht dem Kreisjugendring ihren Dank aus. Sie will wissen, ob der Kreisjugendring auch mit DITIB zusammenarbeite.

Frau Trautner erklärt, anfänglich habe eine intensive Austauscharbeit mit DITIB stattgefunden. Zwischenzeitlich seien diese aber selbständig geworden. Immer wieder gebe es Phasen intensiver und weniger intensiver Zusammenarbeit und momentan sei man wieder stärker im Kontakt vor allem auch dadurch, dass Frau Senol 2. Vorsitzende sei. Allerdings werde sie diese Position aufgeben. Wichtig sei, dass man versuche den Austausch zu halten. Die DITIB Backnang sei bereits Mitglied im Kreisjugendring. Schön wäre es, wenn die Kreisgruppe sich ebenso anschließen würde.

Kreisrätin Brodersen bedankt sich beim Kreisjugendring. Sie würde interessieren, wie viele Jugendliche man pro Jahr durch die Projekte erreiche.

Frau Trautner entgegnet, leider habe sie dazu keine Zahlen. Diese könne man aber gerne mal ermitteln.

Kreisrätin Wilhelm möchte wissen, wie sich die Mitarbeiterzahlen des Kreisjugendrings entwickelt hätten und, ob die personelle Ausstattung ausreichend sei.

Frau Trautner antwortet, bis vor ca. 4 Jahren hätte man 40 hauptamtliche Mitarbeiter verzeichnen können. Dann sei ein großer Einbruch gekommen um man hab jetzt noch rund 22 hauptamtliche

Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2017

Seite 8

Öffentlich

Mitarbeiter. Ziele sei es, dass dies so bleibe und man die Zusammenarbeit mit dem Haus der Jugendarbeit verfestigen könne. Man wolle die jetzigen Projekte fortführen und auch nicht größer werden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.



**§ 3**Bericht zur Änderung des UnterhaltsvorschussgesetzesDrucksache 2017/102

Landrat Dr. Sigel weist darauf hin, das Unterhaltsvorschussgesetz werde zum 01.07.2017 geändert. Das Änderungsgesetz sehe eine Ausweitung des Anspruchs auf Unterhaltsvorschuss bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres vor. Nach Einschätzung des Städte- und Landkreistages führe die Umsetzung der Reform zu einer Verdoppelung des Aufwandes für die Unterhaltsvorschusskassen. Im Rems-Murr-Kreis würden die zusätzlichen Nettoaufwendungen für 2017 auf 400.000 Euro geschätzt (Gesamtaufwand 1.000.000 Euro). Für 2018 müsse mit einem Nettoaufwand des Kreises von 1.800.000 Euro gerechnet werden. Im Interesse der Haushaltskonsolidierung habe man eine personalwirtschaftliche Lösung erarbeitet, die zeitnah umgesetzt werden könne und den Mehrbedarf decke, ohne zusätzliche Stellen in diesem Bereich schaffen zu müssen.

Herr Kirgis, Bereichsleiter Vormundschaften und Unterhalt, antwortet Kreisrätin Jenner-Wanek, die Rückgriffsquote liege wie bisher bei rund 31 Prozent.

Kreisrätin Wilhelm möchte wissen, ob bei Unterhaltspflichtverletzungen Strafanzeige gestellt werde.

Herr Kirgis sagt, man versuche Strafanzeige zu stellen aber die Verfolgung dieses Strafbestands sei sehr schwierig, so dass es bei nur sehr wenigen Fällen tatsächlich zur Verhandlung komme. Auch trotz geringer Erfolgsquote versuche man es immer wieder.

Kreisrat Bauer möchte wissen, ob die Rückgriffsquote von 31 Prozent deshalb so niedrig sei, weil die Personaldecke so dünn sei. Er wolle wissen, bis wann die berechneten zusätzlich benötigten Stellen tatsächlich zur Verfügung stünden.

Frau Scholze, Personalamtsleiterin; erläutert die vorliegende personalwirtschaftliche Lösung. Im Sommer 2018 würden einige Mitarbeiter aus diesem Bereich in den Ruhestand gehen. Um diese Stellen nach zu besetzen gebe es geeignete Anwärter. Über einen kurzen Zeitraum habe man dann zwar überplanmäßig Personal aber angesichts der Personalkosten ergebe dies kein Problem.

Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2017

Seite 10

Öffentlich

Herr Rosenberger, Beistandschaften und Vormundschaften, ergänzt, 2017 kämen keine neuen Stellen hinzu. 2018 brauche man neue Stellen, deren Zahl aber noch ermittelt werden müsse. Somit handle es sich derzeit um eine Zwischenlösung.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**§ 4**Sachstandsbericht über die Umsetzung der Organisationsuntersuchung im Kreisjugendamt  
Drucksache 2017/100

Jugendamtsleiterin Stock berichtet über den aktuellen Umsetzungsstand der Organisationsuntersuchung im Kreisjugendamt an Hand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel meint, er habe die Organisationsuntersuchung des Kreisjugendamtes im laufenden Prozess von seinem Vorgänger übernommen und wolle es gut zu Ende bringen. Mit Herrn Gläss und Herrn Kirgis, die beide für Kontinuität stehen, sei eine gute Weiterführung gesichert. Die abschließende Besetzung der Amtsleitung wolle man in Ruhe angehen.

Kreisrätin Jenner-Wanek erkundigt sich, ob es richtig sei, dass Frau Hastrich (INSO) auch an der Organisationsuntersuchung beteiligt sei.

Jugendamtsleiterin Stock bestätigt dies.

Kreisrat Bauer fragt, ob die Standardabweichungen noch gegeben seien und, ob sich die Personalsituation schon etwas entspannt habe.

Jugendamtsleiterin Stock sagt, die Standardabweichungen seien komplett abgesetzt worden seien und man arbeite wieder nach Plan. Bezüglich der Personalsituation führt sie aus, die Arbeitszufriedenheit sei ein komplexes Thema und alle Beteiligten würden mit voller Kraft an der Umsetzung der Organisationsuntersuchung arbeiten. Allerdings mache es die Situation nicht leichter, wenn unerwartet neue Aufgaben hinzukämen. Insgesamt sehe das Kollegium, dass es vorwärts gehe und trotz zusätzlicher Aufgaben bestehe eine positive Grundstimmung. Eine Personalfluktuaton bestehe weiterhin.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, insgesamt sei man auf einem guten Weg. Die räumliche Situation gelte es zu lösen, allerdings gehe das nicht von heute auf morgen.

Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2017

Seite 12

Öffentlich

Herr Windmüller, Kreisjugendring, sagt, er freue sich, dass in der künftigen Amtsführung sowohl alt bewährte als auch neue Gesichter seien. Er bedaure, dass Herr Hägele nicht mehr mit dabei sei.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**§ 5**Verschiedenes

1. Jugendamtsleiterin Stock stellt Herrn Arno Hagelauer, Jugendhilfeplaner seit 01.04.2017, mit einer kurzen Präsentation vor.

2. Jugendamtsleiterin Stock erklärt, die Stelle für den Bereich „Täter-Opfer-Ausgleich“ sei wegen Kündigung des damaligen Mitarbeiters seit Sommer 2016 vakant. Da es keine ausreichende Bewerberlage gab, habe man sich für eine Vergabe an einen freien Träger entschlossen. Im Dezember 2016 erfolgte ein Interessenbekundungsverfahren und sechs Bewerbungen gingen ein. Entsprechend der festgelegten Entscheidungskriterien habe die Sozialberatung Stuttgart e.V. den Zuschlag erhalten. Dies sei ein Verein der freien Straffälligenhilfe mit der zentralen Aufgabe der Reintegration von straffällig gewordenen Menschen. Das künftige Büro sei in Waiblingen angesiedelt und das Angebot starte am 01.07.2017 mit zunächst einer 50%-Stelle. Ende 2017 erfolge eine Auswertung der Auslastung und die Entscheidung, ob man die Stelle auf 100 % erhöhe.

3. Landrat Dr. Sigel verabschiedet Herrn Wilfried Hägele, bisheriger Fachbereichsleiter der Wirtschaftliche Kinder- und Jugendhilfe, im Namen des Ausschusses und des Kreistags in den Ruhestand und spricht ihm verbunden mit einem Weinpräsent seinen Dank für sein langjähriges, vorbildliches Engagement für das Kreisjugendamt aus.

4. Landrat Dr. Sigel verabschiedet Frau Angelika Stock als bisherige Amtsleiterin des Kreisjugendamts und spricht ihr im Namen des Ausschusses und des Kreistags seinen Dank für die geleistete Arbeit in den vergangenen vier Jahren aus. Als Zeichen der Anerkennung übergibt er Frau Stock einen Blumenstrauß.

Sozialdezernentin Bittinger bedankt sich ebenso mit einigen Worten bei Frau Stock für die gute Zusammenarbeit und übergibt ihr ein Buchpräsent.

Niederschrift Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2017

Seite 14

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der/Die Schriftführer/in:

Dr. Richard Sigel

Daniela Bareiß

Die Kreisräte/innen